

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.

Peru

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag bekräftigt seine am 8. Mai 1992 einmütig verabschiedete EntschlieÙung „Hilfe für die demokratische Opposition in Peru“, in der „der Deutsche Bundestag den peruanischen Staatspräsidenten Fujimori mit großem Nachdruck auffordert, umgehend zu einer demokratischen Ordnung unter Beteiligung aller demokratischen politischen Kräfte zurückzukehren“.

Die für den 22. November 1992 anberaumte Wahl zu einer Verfassungs- und Gesetzgebenden Versammlung (CCD) erfüllt nach Auffassung des Deutschen Bundestages noch nicht die Ansprüche, die an Wahlen für ein souveränes Parlament zu stellen sind. Daher wird der Deutsche Bundestag der Einladung, Wahlbeobachter zu entsenden, nicht folgen. Der Deutsche Bundestag erwartet, daß die Verfassungs- und Gesetzgebende Versammlung alle Funktionen eines demokratischen Parlamentes erhält und wird die Entwicklung sorgfältig verfolgen. Gleichzeitig bedauert der Deutsche Bundestag, daß Fujimori die Kommunalwahl verschoben hat und auch nicht bereit ist, sie gleichzeitig mit den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung durchzuführen, sondern sie erst Ende Januar 1993 gestattet.

Der Deutsche Bundestag begrüÙt, daß die Bundesregierung diese Erwägungen und die EntschlieÙung des Deutschen Bundestages vom 8. Mai 1992 in Schwerpunktfindung und Umfang ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Peru einbezieht und sich gemäß ihrer entwicklungspolitischen Grundsätze insbesondere um die Achtung der Menschenrechte, die Förderung von Demokratie und sozialer Marktwirtschaft, die Armutsbekämpfung, den Umweltschutz, Anti-Drogenprogramme sowie Hilfen im humanitären und sozialen Bereich bemüht.

Der Deutsche Bundestag sieht im Terrorismus, vor allem des Sendero Luminoso, aber auch der MRTA, die Hauptursache der zahlreichen Menschenrechtsverletzungen in Peru. Deshalb wird die Bundesregierung aufgefordert sicherzustellen, daß der Sendero Luminoso von der Bundesrepublik Deutschland aus nicht unterstützt wird. Umgekehrt kann aber auch nicht hingenommen

werden, daß Kritiker der Regierung Fujimori innerhalb und außerhalb Perus pauschal als Anhänger des Sendero Luminoso diffamiert und dadurch entsprechend gefährdet werden.

Der Deutsche Bundestag sieht mit großer Besorgnis, daß die Regierung Fujimori angekündigt hat, die amerikanische Menschenrechtskonvention zu kündigen.

Der Deutsche Bundestag erwartet, daß die peruanischen Persönlichkeiten, die in der Bundesrepublik Deutschland beim Hearing des Deutschen Bundestages Auskunft gegeben haben, nach ihrer Rückkehr keinen Pressionen ausgesetzt sind.

Bonn, den 11. November 1992

Dr. Wolfgang Schäuble, Dr. Wolfgang Bötsch und Fraktion

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion